

Gabriela König MdL

Abgeordnete der FDP im Niedersächsischen Landtag
Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr



Gabriela König MdL, Gerberhof 10, 49074 Osnabrück



Kontakt:

FDP-Fraktion im Nds. Landtag
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1
30159 Hannover
Telefon 0511 – 3030 - 3413
Telefax 0511 – 3030 - 4863
E-Mail: Gabriela.Koenig@lt.niedersachsen.de

Wahlkreisbüro Osnabrück
Telefon 0541 – 2027644
Telefax 0541 – 2026832
E-Mail: info@gabriela-koenig.de

Die Landesregierung muss ihre verkehrspolitische Umorientierung stoppen - Mittel für den kommunalen Straßenbau aus dem Entflechtungsgesetz müssen erhalten bleiben!

Rede vom 21. Juni 2013, 12. Sitzung, Tagesordnungspunkt 46
Erste Beratung

Den Antrag der Fraktion der FDP finden Sie in der Drucksache [17/274](#).

Weitere Redner waren:

Gerd Ludwig Will (SPD), Ernst-Ingolf Angermann (CDU), Susanne Menge (GRÜNE) und Axel Miesner (CDU).

Auszug aus dem Stenografischen Bericht der 17. Wahlperiode

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

[...] Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt 46: Erste Beratung: **Die Landesregierung muss ihre verkehrspolitische Umorientierung stoppen - Mittel für den kommunalen Straßenbau aus dem Entflechtungsgesetz müssen erhalten bleiben!** - Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 17/274

Zur Einbringung hat sich die Kollegin Gabriela König gemeldet. Sie haben das Wort.

(Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann übernimmt den Vorsitz)

Gabriela König (FDP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Landesregierung hat sich entschlossen, die Mittel für den Verkehr umzuschichten. Sie nennt das eine grundlegende verkehrspolitische Umorientierung. Für mich ist das eher eine Umerziehung.

Die Bedeutung für unser Land ist gravierend. Wer in der Stadt wohnt und dort arbeitet, ist fein raus. Aber was geschieht denn eigentlich in der Fläche? Wir sind ja schließlich ein Flächenland. Was ist mit all den Menschen, die jeden Tag zu ihrem Arbeitsplatz pendeln?

Nun könnte man meinen, die können doch ebenso gut mit dem ÖPNV bzw. dem SPNV, den Rot-Grün ja bevorzugt, fahren. Nicht umsonst sprechen Sie immer von einem „Reaktivieren von Bahnstrecken“, auch wenn dies in vielen Fällen keinerlei Wirtschaftlichkeit aufweist und tagsüber häufig genug ausschließlich heiße Luft transportiert wird. Fragen Sie mal die Landesnahverkehrsgesellschaft, die kann Ihnen eine Menge Strecken nennen, bei denen das so läuft.

Sie wollen also den Verlust von 30 % der Mittel für unseren kommunalen Straßenbau nicht kompensieren. Den Kommunen werden damit rund 25 Millionen Euro verwehrt, und der Bau von Ortsdurchfahrten, Kreis- und Gemeindestraßen, Brückenbauwerken, Geh- und Radwegen wird nicht mehr finanziert.

Wer eine Verschiebung der Mittel in einem Verhältnis von 60:40 gegen die Straße vornimmt, der muss wissen, dass er damit die Familien und besonders die arbeitende Bevölkerung belastet. Meine Damen

Gabriela König MdL, Die Landesregierung muss ihre verkehrspolitische Umorientierung stoppen - Mittel für den kommunalen Straßenbau aus dem Entflechtungsgesetz müssen erhalten bleiben!, Rede vom 21. Juni 2013, 12. Sitzung, Tagesordnungspunkt 46, Erste Beratung

und Herren, ich mache das an einem Beispiel fest: Wenn eine Mutter von zwei kleinen Kindern morgens zur Arbeit fährt, dann bringt sie in der Regel vorher die Kinder in die Krippe, in den Kindergarten oder in die Grundschule.

(Zuruf von den GRÜNEN: Manchmal macht das auch der Vater!)

In den seltensten Fällen liegen diese Institutionen direkt nebeneinander. Und die Öffnungszeiten dieser Einrichtungen sind selten genug so nacheinander gelegt, dass man alle zwischen 7 und 8 Uhr abfahren kann. Wenn dann auch noch der Arbeitsbeginn der Mutter in dieses Zeitfenster fällt, wird es schon sehr hektisch. Versuchen Sie einmal, dies mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu bewältigen, auf dem Rückweg eventuell auch noch mit der Option, einzukaufen.

(Zustimmung bei der CDU)

Solche Strecken mit dem Pkw abzufahren, ist unschwer schaffbar, aber mit dem ÖPNV und erst recht mit dem SPNV ist das absolut nicht zu schaffen.

(Zustimmung bei der CDU)

Sie stehlen darüber hinaus diesen engagierten Familien einen riesigen Teil ihrer Freizeit.

In einem Flächenland wie Niedersachsen brauchen wir die Landes- und Kreisstraßen daher mehr als die Straßen in den Großstädten. Flexibilität ist eine der größten Herausforderungen bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Das kann Ihre Ideologie nicht leisten.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU)

Fahren Sie beispielsweise einmal von Hambühren, Wietze oder Winsen nach Hannover. Mit dem Auto werden Sie im Allgemeinen eine gute halbe Stunde unterwegs sein. Das bedeutet eine Stunde Fahrzeit am Tag. Und dann fahren Sie einmal mit den öffentlichen Verkehrsmitteln. Ich garantiere Ihnen: Sie brauchen mehr als die doppelte Zeit. Und Kinder irgendwo abzuliefern, schaffen Sie auf dieser Tour überhaupt nicht. Wie wollen Sie das denn auch noch bewerkstelligen?

(Zustimmung bei der CDU)

Kindergärten und Schulen liegen nicht an der Bahnstrecke. Wenn Kinder dorthin gebracht werden müssen, kann das also überhaupt keine Berücksichtigung finden.

Unsere bis zu 75 % vom Land geförderten verkehrswichtigen Projekte, die auch optimale wirtschaftliche Entwicklungen nach sich zogen, unterliegen einer essenziellen Bedrohung. Unser Niedersächsisches Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr wirbt auf seiner Internetseite noch mit dem Slogan:

„In einem Flächenland wie Niedersachsen sind die Landesstraßen zusammen mit den Bundesfernstraßen Garant und Rückgrat für die Mobilität der Menschen und den Transport von Gütern bis in den kleinsten Winkel des Landes.“

Diesen Slogan sollten Sie besser schnell entfernen und durch folgenden Slogan ersetzen: Der ÖPNV ist uns lieb und teuer. Passen Sie sich an! Ziehen Sie an den nächstgelegenen Bahnhof oder gleich in die Stadt!

(Zustimmung bei der CDU)

Auch die IHK hat längst begriffen, wo die Gefahr für unsere Unternehmen lauert. Ich zitiere:

„Auch wenn die Verkehrsträger Schiene und Wasserstraße in den kommenden Jahren an Bedeutung gewinnen, müsse die Hauptlast im Verkehr auch zukünftig die Straße tragen, dieser Meinung seien über 80 % der Befragten. ‚Rein politisch motivierte Verkehrsverlagerungen von der Straße auf Schiene oder Wasserstraße drohen am Bedarf der Wirtschaft vorbeizugehen‘, warnt Jahn.“

Dem kann ich nur beipflichten. Niedersachsen ist ein bedeutender Logistikstandort und muss es auch weiterhin bleiben. Das sind wir allein den Häfen schuldig.

Sie schimpfen über schlechte Straßen und rätseln über das Aussterben der Dorfzentren. Tun Sie etwas dagegen, und verlassen Sie den Irrweg! Bauen Sie Ortsumgehungen, Kreisel und Radwege! Ihre Ideologie schadet dem Wirtschaftsstandort genauso wie den Menschen in unserem Flächenland. Stellen Sie sich den Bedürfnissen der überwiegenden Anzahl der Menschen, und machen Sie keine

Gabriela König MdL, Die Landesregierung muss ihre verkehrspolitische Umorientierung stoppen - Mittel für den kommunalen Straßenbau aus dem Entflechtungsgesetz müssen erhalten bleiben!, Rede vom 21. Juni 2013, 12. Sitzung, Tagesordnungspunkt 46, Erste Beratung

Politik auf dem Rücken der Familien. Die haben genug Probleme damit, Familie und Beruf zu vereinbaren.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU)

Investieren Sie die 212 Millionen Euro, die wir jährlich bis 2019 vom Bund bekommen - sie wurden gerade zugesagt -, in die richtige Infrastruktur, so, wie es alle Verbände fordern und für das Wohl der arbeitenden Menschen und unserer Wirtschaft hier in Niedersachsen. Heiße Luft zu befördern, kann nicht nur teuer werden, sondern auch lähmen, während heißer Asphalt schnell erkaltet, hart wird und damit die immens wachsenden Verkehre sicher trägt - egal ob Güterverkehre, Personenverkehre oder Radverkehre.

Das ist die richtige Investition in die Zukunft. Das trägt auch. Das wird unseren Wirtschaftsstandort stärken und die Familien vernünftig berücksichtigen. Tun Sie etwas! Die Ideologie, die Sie im Moment vertreten, bringt uns nicht weiter.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Am Ende der Beratung erfolgte eine Ausschussüberweisung

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

[...] Wir kommen zur Ausschussüberweisung. Der Ältestenrat empfiehlt Ihnen, federführend den Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr und mitberatend den Ausschuss für Haushalt und Finanzen mit diesem Antrag zu beauftragen. Wer dem entsprechen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Die Ausschussüberweisung ist ausreichend vom Parlament unterstützt.